

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 12 (1932-1933)  
**Heft:** 9

**Rubrik:** Kultur- und Zeitfragen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

politischen Charakters, besonders aber in der für die Bildung der öffentlichen Meinung so wichtigen Presse. Über den langjährigen süddeutschen s. Berichtersteller der „Neuen Zürcher Zeitung“, der seit dem Ausscheiden von Herrn J. H. den Berliner Posten des Blattes vertritt, gibt beispielsweise das „Schweizerische Zeitgenossenlexikon“ u. a. folgende Auskunft: „Geboren in Moskau=Rußland, Bürgerort Zürich; studierte am Gymnasium in Berlin, später an der Universität Heidelberg, Frankfurt und Berlin. . . Ständiger Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“ und der „National-Zeitung“=Basel. . .“. Zweifellos hat Herr s. Moskau nicht wegen seines Ur-Russentums mit dem „Bürgerort“ Zürich vertauscht! Andererseits vermögen wir in dieser zufälligen zürcherischen „Bürgerörtlichkeit“ keine Aktivlegitimation und Qualifikation für einen Berichterstellerposten zu sehen, dessen Aufgabe ohne engste Vertrautheit mit Geschichte und gegenwärtiger Lage unseres Landes nun einmal nicht zu erfüllen ist. Wir möchten also noch einmal, ob nun Mangel an geeignetem eigenem Nachwuchs oder anderes die Schuld trägt, mit aller Eindringlichkeit warnen: es ist eine Zerfallerscheinung und bedeutet für die Organisationsform einer bestimmten Volksschicht den endgültigen Niedergang, wenn die eigenen Posten oder die Posten der eigenen Organe nicht mehr mit Kräften, die dem eigenen Volk entnommen sind, besetzt werden können oder wollen!

Zürich, den 3. Dezember 1932.

Hans Dehler.

# Kultur- und Zeitfragen

## Preise für noble Leute.

Im Frühjahr 1914 protestierte der schwedische Ingenieur und Erfinder Leonad Swaß, einer der letzten, (damals) noch lebenden Testamentszeugen Nobels, in der „Woche“ gegen die übliche Verteilung der Nobelpreise, die er unzweifelhaft wohlmeinend, unzweifelhaft aber auch nicht im Sinne des Stifters nannte. Nobel, der stille und feindenkende germanische Aristokrat, war durch und durch eine soziökonomische Natur, er wollte auf große ideale Ziele gerichteten Geistern, Dichtern und Erfindern nützen, indem er in das gehemmte, ringende und ganz zu stocken drohende Dasein solcher begnadeter Männer gewissermaßen einen finanziellen Motor einstellte zu ihrer Arbeitserleichterung. Niemals habe er an einen „Ehrenpreis“ gedacht, und nun gar an einen für reiche Leute, immer an einen **Förderungspreis**. Die Ehrungs-Richtung muß unbedingt verlassen und dafür eine ökonomische Fürsorgerrichtung eingeschlagen werden. Nobelpreise sollen keine Ehrenpreise noch Veteranendenkmünzen, sondern **Arbeitsmotoren am Wohl der Menschheit** sein. Swaß sprach von der Ökonomie des Geistes und hoffte, daß alle seine Landsleute gleich ihm bestrebt sein werden, Nobels Willen nach seinen eigenen Wünschen und Absichten zu erfüllen, wenn sie ihnen wie jetzt nachdrücklich und vertrauenswürdig dargelegt sind.

Das war vor 18 Jahren.

Soweit Literaturpreise verliehen wurden, waren es durch die Bank „Ehrenpreise und Veteranendenkmünzen für reiche Leute“. Oder hatte Galsworthy für sein vom Stocken bedrohtes Dasein einen finanziellen Motor nötig — ?

Der Literaturpreis der Stadt Zürich geht uns näher an. Er beträgt 8000 Franken und ist vor kurzem erstmals verliehen worden. Dr. C. G. Jung hat ihn für seine Schriften über psychologische Fragen erhalten.

Also ein Medizin-Preis?

Nein doch, ein Literaturpreis —

Warten wir die Begründung ab. Eins steht jedenfalls jetzt schon fest: Es war wieder mal ein Preis für noble Leute.

Hermann Wiedmer.

# Bücher Rundschau

## Die Schweiz und Rußland.

Mitte November fand in Bern zwischen Vertretern des Verbandes schweizerischer Maschinenindustrieller und einer Delegation des Bundesrates eine Besprechung über die Möglichkeit von Arbeitsbeschaffung für die schweizerische Maschinenindustrie statt. Von Seiten der Vertreter der Industrie wurde auf die Gelegenheit zur Annahme von Millionenaufträgen hingewiesen, wenn Industrie und Staat einander richtig in die Hände arbeiten würden. Neben einigen Oststaaten zeige besonders Sowjetrußland großen Bedarf an Maschinen. Falls die Schweiz diese Aufträge nicht übernehme, würden andere Staaten sie ausführen. Über den Inhalt der Besprechung war der Presse nichts Genaueres zu entnehmen. Man fand hier bloß Andeutungen, daß bisherige Versuche zur Förderung der schweizerischen Ausfuhr nach Rußland mittels Kompensation und Kontingentierung auf privatem Wege zu nichts geführt hätten und daß daher das Verhältnis der schweizerisch-russischen Beziehungen in seinem ganzen Umfang wieder aufgerollt worden sei; und daran die Bemerkung geknüpft, daß eine Änderung in diesem Verhältnis wohl augenblicklich, wo Anhänger Sowjetrußlands die Verantwortung für die Genfer Vorgänge trügen, weniger angebracht sei als je.

Wir halten es für richtiger, die Dinge unter einem andern Gesichtspunkte zu betrachten. Eine wirkliche kommunistische Gefahr besteht für unser Land zur Zeit nicht. Gewiß werden wir mit Tumulten, zu denen Volksmassen von kommunistischer oder sozialistischer Seite aufgeführt werden, als etwas Unvermeidlichem rechnen müssen. Mit einer Poli-

zeimacht, die besser für solche Zwecke vorbereitet und organisiert ist als es heute der Fall, wird man dieser aber verhältnismäßig leicht Herr werden, ohne daß dabei immer gerade so viel Blut zu fließen braucht wie in Genf. Entscheidend dagegen ist eine weitsichtige und entschlossene Führung unserer schweizerischen Gesamtwirtschaft, durch die einer Ausdehnung der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit begegnet wird. Der Umstand, daß — soweit das anhand der Zeitungsberichte zu beurteilen ist — die oben genannte Berner Besprechung ergebnislos verlaufen ist, m. a. W. die Millionenaufträge, die für die schweizerische Maschinenindustrie bei richtigem Zusammenarbeiten von Staat und Wirtschaft zu erhalten gewesen wären, verloren gegangen sind, zeugt vom Nichtvorhandensein einer solchen Führung. Das soll weniger ein Vorwurf an die Persönlichkeiten sein, denen augenblicklich die staatliche Betreuung der schweizerischen Volkswirtschaft obliegt. Unser Vorwurf geht tiefer. Er richtet sich gegen das vollkommene Ungenügen der heute das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft regelnden Ordnung. So wenig der Nachtwächter, der nächtlicherweile die schlafende Stadt durchzieht, um Diebe, die das Eigentum der Bürger bedrohen, zu verscheuchen, oder mit Hornrufen vor ausbrechendem Feuer zu warnen, Befugnis und Auftrag besitzt, die ihn zum Führer und Leiter der Geschicke seiner Stadt machen, so wenig besitzen unsere obersten Behörden auf Grund der bestehenden Verfassung Befugnis und Auftrag zur Leitung und Bestimmung des Verlaufs unseres volkswirtschaftlichen Schicksals.